

# Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

## und Anzeiger

Bei Klagen, Konturgen, Vergleichen usw. wird der Bruttobetrag in Rechnung gestellt. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Erscheint jeden Wochentag nachmittags. — Fernspr. Nr. 11. Postfachkonto Leipzig 23464. — Gemeindefachkonto 14. — Bankkonten: Commerz- und Privat-Bank Zweigstelle Hohenstein-Ernstthal — Darmstädter und Nationalbank Zweigstelle Hohenstein-Ernstthal. — Unverlangt eingehende Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. — Einwendungen ohne Namensnennung finden keine Aufnahme.

Hohenstein-Ernstthaler Zeitung, Nachrichten und Neueste Nachrichten

Generalanzeiger für Hohenstein-Ernstthal mit Hüttengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Gernsdorf, Bernsdorf, Mülsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Langenschürsdorf, Reichenbach, Callenberg, Grumbach, Tirschtal, Ruffschappel, St. Egidien, Wüstenbrand, Grilna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Ruffsdorf.



Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts, Finanzamts und des Stadtrats zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortsgemeinden.

Druck und Verlag von Dr. Alban Frisch.

Nr. 6

Der Preis der einwöchigen Anzeigenliste beträgt 15, der Reklamewerte 45 Goldpfennige. Für den Nachweis werden 15 Goldpfennige berechnet.

Sonnabend, den 8. Januar 1927

Bezugspreis halbjährlich 80 Goldpfennige einschließlich Frachtposten.

Jahrg. 77.

### Vor der Entscheidung in Paris

Berlin, 8. Januar

Die Pariser Presse beschäftigt sich jetzt eingehend mit der bevorstehenden Debatte über die Außenpolitik, die von Briand gefordert worden ist, um Klarheit darüber zu schaffen, ob der bisherige Kurs der Verständigung mit Deutschland beibehalten werden soll. Briands Äußerungen im „Matin“ vor seiner Urlaubsreise sind bekanntlich von Poincaré nicht unbeantwortet geblieben. Durch das „Echo de Paris“ erfährt man, daß sich der Ministerpräsident jeder außenpolitischen Debatte im Augenblick widersetzen werde, und daß die Interpellation der Sozialisten über die Außenpolitik unbeantwortet bleiben soll.

Der Grund für die ablehnende Haltung Poincarés liegt im Einfluß der Militär- und Reichsvereine und besonders in den bevorstehenden Senatswahlen. Poincaré und seine Gefolgschaft bringen nicht den Mut auf, der Wahlerfolg klar zu machen, daß man 9 Jahre nach Friedensschluß ohne Gefahr keine Kriegspolitik mehr treiben kann, und daß man dazu übergeben müßte, die Zusammenarbeit mit Deutschland zu fördern, um die Wirtschaft des eigenen Landes am Leben zu erhalten. Die Finanz- und Wirtschaftspolitik beherrscht das politische Leben Frankreichs augenblicklich mehr als die außenpolitische Lage, und darin liegt der zweite Grund, aus dem heraus Poincaré darauf besteht, daß zuerst einmal die sozialen und wirtschaftlichen Arbeiten in der Kammer besprochen werden. Briand kehrt überraschend schnell aus seinem Urlaub nach Paris zurück. Er will scheinbar dort anwesend sein, wenn die deutschen Unterhändler für die Entmännungsverhandlungen ihre Arbeiten am Mittwoch wieder aufnehmen, nachdem sie vom Reichsamt eingehende Instruktionen für die Erledigung der Restpunkte erhalten haben. Diese Fragen stehen zwar nicht im direkten Zusammenhang mit dem Räumungsproblem, um dessen Willen Poincaré die außenpolitische Debatte befristet, aber sie bilden einen Teil des Gesamtkomplexes der zwischen Deutschland und Frankreich zur Diskussion stehenden Fragen. Briand hat Dr. Stresemann in Genf die schnellste Erledigung der Restpunkte bis spätestens zum 31. Januar zugesagt; die Einhaltung dieses Versprechens hängt aber nicht allein von seinem guten Willen, sondern zuletzt von den Beschlüssen des Gesamtkabinetts ab. Man vermutet in Berlin, daß Poincaré versuchen wird, die nationale Einigkeit nicht durch eine zu starke Annahmefähigkeit zu gefährden und Kompromißvorschläge macht, die dem deutschen Interesse wahrscheinlich nicht dienlich sind. Die Berliner amtlichen Stellen haben das größte Interesse an der Schaffung eines klaren Verhältnisses zu Frankreich und man würde es hier sehr bedauern, wenn Briand seine Waffen strecken und dem Drängen der Rechtskreise nachgeben würde. Der Ausgang der Senatswahlen wird die Haltung des französischen Kabinetts grundlegend beeinflussen. Bei einem Zuwachs der Linken, der schon jetzt vorausgesetzt wird, ist mit einer wesentlichen Stärkung der Position Briands zu rechnen, der in den Fragen der Außenpolitik sich immer mehr auf die linken Kreise stützt.

Für die Stellung Briands innerhalb des Kabinetts Poincaré wird es auch von Bedeutung sein, welchen Ausgang die Verhandlungen über die Regierungsneubildung in Deutschland haben. Die Bildung eines reinen Rechtskabinetts würde in Paris sicherlich Anlaß zu einer neuen Sehne der Rechtskreise gegen Deutschland geben, während ein Kabinett unter betonter Führung des Reichsaussenministers Dr. Stresemann die Gewähr für die Stetigkeit des außenpolitischen Kurses in Deutschland gäbe. Allerdings haben verschiedene rechtsgerichtete Persönlichkeiten in Paris an Äußerungen Dr. Stresemanns über die Kriegsschuldfrage Anstoß genommen und versuchen, sie in einer Weise zu entstellen, als ob der Reichsaussenminister ein Nationalist reinen Wassers sei. Nichts liegt Dr. Stresemann ferner als das. Er ist lediglich bemüht, eine außenpolitische Berufung herzustellen, die den Grund für eine Neuorientierung der Völker Europas bieten kann.

### Zur Regierungsbildung in Sachsen

\* Wie schon gestern mitgeteilt, sind in der Frage der Regierungsbildung ungeahnte Schwierigkeiten insofern aufgetreten, als die Altsozialisten, die bekanntlich nur über vier Abgeordnete verfügen, außer dem Ministerpräsidenten noch zwei Ministerien, und zwar das Innen- und Wirtschaftsministerium, für ihre Partei forderben. Die übrigen Parteien haben, wie nicht anders zu erwarten, die nach der Bedeutung der Altsozialisten vollkommen unbedingte Forderung glatt abgelehnt. Am heutigen Sonnabend will man neue Versuche machen, doch noch eine Einigung herbeizuführen. Ausichten auf Erfolg sind allerdings nur dann vorhanden, wenn die Altsozialisten von ihren unverständlichen Wünschen Abstand nehmen. Ob man unter diesen Umständen am Sonnabend noch zu Verhandlungen mit den Deutschnationalen kommt, ist zweifelhaft. Und zweifelhaft ist natürlich auch, ob am Dienstag die Ministerpräsidentenwahl im Landtage ein Ergebnis haben wird. Es ist nicht ohne Interesse, daß die von dem altsozialistischen Abgeordneten Böhle geleitete „Staatszeitung“ gleichfalls hervorhebt, es sei noch nicht ersichtlich, ob am 11. Januar das gesteckte Ziel erreicht werden könne.

Es kann nicht wundernehmen, daß in den verschiedensten Kreisen besondere Gründe für die Haltung der Altsozialisten gesucht werden. Man spricht davon, daß gewisse Kreise der Altsozialisten noch immer großen Wert auf die Verbindung mit dem sozialdemokratischen Reichsparteivorstand legen, und auch ein Vorstoß Dr. Gradnauers, der die Linkssozialisten zur Initiative auf Herbeiführung der Großen Koalition in letzter Stunde aufforderte, wird als verdächtig bezeichnet. Auch wird beachtet, daß am Donnerstag von einer den Altsozialisten nahestehenden Stelle aus die Behauptung verbreitet wurde, daß die Linkssozialisten bei den Abgeordneten der Aufwärtspartei die Stimmabgabe für den linkssozialistischen Kandidaten Fleißner zu erreichen suchten. Eine Behauptung, die sich sehr bald als unrichtig herausstellte. Es sei betont, daß es sich bei alledem nur um Vermutungen handelt, denen man vielleicht kein großes Gewicht beilegen sollte. Die Altsozialisten haben es aber in der Hand, sehr bald zu beweisen, daß der Grund, der sie seinerzeit zur Trennung von den Nationalen bewog, auch heute noch seine Geltung hat: Daß die Interessen des Staates und des Volkes über das Parteinteresse gestellt werden müssen.

### Die Regierungsbildung im Reich

Sindenburg empfängt am Montag den Reichstagspräsidenten

Berlin, 8. Januar

Die erste Fühlungnahme über die Frage der Neubildung des Kabinetts wird am Montag vormittag offiziell stattfinden. Und zwar ist damit zu rechnen, daß der Reichspräsident, dessen Staatssekretär Meißner am Sonntag vom Urlaub zurückgekehrt ist, am Montag vormittag zunächst den Reichstagspräsidenten Löbe empfangen wird, um mit ihm die gesamte parlamentarische Lage zu erörtern. Eine frühere Einberufung des Reichstages, der planmäßig am 19. Januar wieder zusammentreten soll, kommt nicht in Frage, da der Reichstagspräsident einen dahingehenden Antrag der Kommunisten abgelehnt hat mit der Begründung, daß die überwiegende Mehrheit der Fraktionen sich zurzeit von Reichstagsverhandlungen ohne eine verantwortliche Regierung keinen Nutzen verspricht. Auch die Anregung, sofort eine Vorkonferenz einzuberufen, wurde vom Präsidenten abgelehnt.

Die Zentrums- und die Deutsche Volkspartei haben für Dienstag Abend Sitzungen ihrer Fraktionsvorstände anberaumt. Am Montag tritt der sozialdemokratische Reichstagspräsident zusammen, um zur Lage Stellung zu nehmen. Eine Einberufung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist vorläufig noch nicht in Aussicht genommen. Auch der Vorstand der demokratischen Reichstagsfraktion ist bis zur Stunde noch nicht einberufen worden. Hinsichtlich der Äußerungen in der „Germania“, ein neues Mittelskabinett dürfe nur unter Führung des Zentrumskanzlers stehen, wird erklärt, daß ein offizieller Beschluss des Zentrums hinter diesen Äußerungen nicht stehe, ein solcher müsse der Zentrumsfraktion vorbehalten bleiben.

### Eine Erklärung der Deutsch-Konservativen Partei

Berlin, 8. Januar

Der Vorsitzende der Deutsch-Konservativen Partei, Graf Seydlich-Sandreczky, gibt folgende Erklärung ab: „In der Linkspresse wird die Vermutung verbreitet, als ob es möglich wäre, daß die Deutschnationale Volkspartei anlässlich der Regierungsbildung durch eine Erklärung die wichtigsten ihrer Grundgedanken, den monarchischen Gedanken und den Widerstand

gegen die Erfüllungspolitik, preiszugeben sich bereit finden könnte. Ich halte einen derartigen Gesinnungswegsel für unmöglich und darf namens der in diesem Zusammenhang erwähnten Deutsch-Konservativen Partei erklären, daß diese etwas Derartiges keinesfalls mitmachen würde.“

Der „Vorwärts“ mißt der Erklärung besondere Bedeutung bei, weil der Führer der Deutschnationalen, Graf Westarp, Vorsitzender der Deutsch-Konservativen Partei war, bis er zum Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei gewählt wurde.

### Die Instruktionen für Pawelk und Forster

Berlin, 7. Januar

Das Reichskabinett trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Kanzlers zu einer neuen Sitzung zusammen, um die gestern abgebrochenen Erörterungen über die noch ausstehenden Punkte der Entwaffnungsfrage fortzusetzen. In der heutigen Sitzung wurde die Beratung zu Ende geführt und die Instruktionen für General v. Pawelk und Legationsrat Forster festgelegt.

Bei der Beschlussfassung über die Instruktionen, die General Pawelk nach Paris mitnimmt, handelt es sich, der Lage der Sache entsprechend, um bestimmte neue Gesichtspunkte, die den Zweck haben, die Verhandlungen in Paris rascher fortzuschreiten zu lassen. Es bestätigt sich also nicht, wie ein Mittagsblatt behauptete, daß lediglich die früheren Instruktionen des Generals erneuert worden seien. Der Sinn der Genfer Verhandlungen dringt es gerade mit sich, daß dieser Fragenkomplex unter neuen Gesichtspunkten in Angriff genommen werden muß, die nicht nur von französischer Seite erwartet werden, sondern auch von deutscher Seite ausgehen müssen. General Pawelk und Legationsrat Forster werden heute Abend nach Paris abreisen.

### Langsamer Fortgang der Verhandlungen

London, 7. Januar

Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, machen infolge des Fehlens eines deutschen Kabinetts und der Abwesenheit Briands von Paris die deutschen Abklärungen und Militärkontrollverhandlungen nur langsamen Fortschritt. Die alliierten Forderungen bezüglich der Herstellung von Kriegsmaterial seien auf ungefähre ein halbes Dutzend Fragen reduziert worden. Gegen vier dieser Fragen leistet Berlin heftigen Widerstand. Diese würden zwei-

tellos dem Völkerbund und dem Haager Schiedsgericht unterbreitet werden. Es handelt sich 1) um das Verbot der Herstellung von Maschinen, die für ausländische Kriegsschiffe benutzt werden könnten, 2) um die Herstellung von Kriegsmaterial im Auslande zu fördern, 3) um ein Verbot für die Herstellung von halbfertigen metallurgischen Produkten, die im Fertigzustande in Waagen umgewandelt werden könnten, 4) um optische Gläser und Instrumente, die für militärische Zwecke verwendet werden könnten.

### Die Zeitfreiwilligen in der Reichswehr

Berlin, 8. Januar

Wie den Blättern zufolge verlautet, wird die angekündigte Verordnung über die Zeitfreiwilligenfrage in der nächsten Zeit als eine Verordnung des Reichspräsidenten erlassen werden. Damit sind die Verhandlungen über die Zeitfreiwilligenfrage, die zwischen der deutschen Regierung und der interalliierten Militärkontrollkommission gepflogen wurden, auch formell zum Abschluss gebracht.

### Eine Klarstellung zum Reichshaushalt

Berlin, 7. Jan. (M.B.)

Zu den in der Presse erhobenen Vorwürfen wegen in der Reichshaushaltsrechnung für 1924 nachgewiesener Über- und außerplanmäßiger Ausgaben wird folgendes bemerkt: Der Reichshaushaltsplan für 1924 ist zu einer Zeit aufgestellt worden, als der Übergang von der Inflation zur festen Währung gerade vollzogen war. Dieser erst im August 1925 verabschiedete Goldmarktplan konnte daher zunächst nur ein tastender Versuch sein, die Einnahmen und Ausgaben des Reiches in fester Währung einigermaßen richtig zu schätzen. Die Reichsregierung war gesetzlich ermächtigt, die notwendigen Ausgaben zu leisten. Daß die Reichsregierung von dieser Ermächtigung nur in dem unbedingt notwendigen Ausmaße Gebrauch gemacht hat, ergibt sich aus der der Rechnung beigegebenen Begründung der überplanmäßigen Ausgaben. Die Ueberschreitungen des Kriegslastenhaushaltes beruhen fast ausschließlich auf den bekannten Zahlungen für Reparationsleistungen, über die in einem besonderen Ausschuß des Reichstages verhandelt worden ist. Aufgabe des Rechnungsausschusses des Reichstages war es, die Ueberschreitungen in einzelnen nachzuprüfen. Dabei wird sich ergeben, daß der Vorwurf einer fahrlässigen oder geschwindigen Verwendung von Reichsgeldern der Begründung entbehrt.

### Sindenburg lehnt ein Gnadengesuch für Hölz ab

Berlin, 8. Januar

Der Reichspräsident hat nach einer Mitteilung des Beauftragten für Gnadensachen beim Landgericht 1 Berlin an die Deutsche Liga für Menschenrechte auf das Gnadengesuch der Liga für Max Hölz entschieden, daß er sich nicht bewegen fühle, einen Gnadenverweis für den Verurteilten zu bewilligen.

### Litauen und Memel

Ein Pastor am Grabe verhaftet

Memel, 7. Januar

Der Pastor der deutschen evangelisch-lutherischen Gemeinde in Krottingen (Litauen), Weicherauch, der Anfang Dezember zum Pastor der Gemeinde gewählt worden war, dem aber jetzt bei der Ausübung seines Amtes große Hindernisse bereitet wurden, ist heute in der Nähe von Polangen bei der Wahrnehmung eines Begräbnisses von der Polizei festgenommen und in einem Auto fortgeführt worden.

Hierzu meldet die „Deutsche Tageszeitung“ aus Memel: Diese Maßnahme wirkt um so befremdender, als Ministerpräsident Wolodmaras vor einigen Tagen dem deutschen Sejmabgeordneten Kinder gegenüber erklärt hat, daß Pastor Weicherauch in Krottingen im Pastorat wohnen dürfe, und die Schwierigkeiten, die ihm bei der Aus-